

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 25 841  
Postfachnummer: 25 841  
Erscheinungsort: Dresden  
Verleger: E. L. Kienitz

Verlag: E. L. Kienitz  
Verlagsnummer: 25 841  
Postfachnummer: 25 841  
Erscheinungsort: Dresden  
Verleger: E. L. Kienitz

Verlag: E. L. Kienitz  
Verlagsnummer: 25 841  
Postfachnummer: 25 841  
Erscheinungsort: Dresden  
Verleger: E. L. Kienitz

## Vorschlag Hugenbergs an die Regierung

### Reichstagsneuwahlen - dann Verzicht auf einen zweiten Präsidenten-Wahlgang!

Berlin, 14. März. Am Montagvormittag traten die Führer der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Besprechung zusammen, deren Ergebnis folgender Aufruf des Führers der DNVP, Dr. Hugenberg, ist:  
"Die Autorität, die der Name des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg in Deutschland genießt, die strapellose Einsetzung der gesamten Reichsmittel des Staates einschließlich der Gelder der Steuerzahler für die Partei-Interessen des Systems und die Angst vor Erschütterungen, die Millionen von Wählern im Lager der nationalen Opposition zur Stimmabgabe für den Generalfeldmarschall bestimmt haben, läßt sich noch einmal einen Erfolg des schwarz-roten Systems vor."

Der starke Stimmrückgang der Systemparteien und das gleichzeitige Ergebnis der Wahlen in Mecklenburg-Strelitz hat gezeigt, daß es tatsächlich nur ein Scheinerfolg ist.

Dort haben die Deutschnationalen bei den Landtagswahlen doppelt so viel Stimmen erhalten wie bei der Reichspräsidentenwahl. Dort ist die DNVP, deren Stimmen sich bei der Reichstagswahl mehr als verdoppelt haben, zur stärksten Partei des Landes geworden. Wie wir stets betont haben, sind bei der Reichspräsidentenwahl die politischen Fronten andere als bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen.

Die Wahlen in Preußen und die Wahlen im Reich, die wir auf Grund der Wahlergebnisse als Ausdruck des Volkswillens fordern, werden das Anwachsen des nationalen Gedankens erneut zeigen und den Zusammenbruch der schwarz-roten Koalition besiegeln.

Unter diesen Umständen wird der zweite Wahlgang hervorragend unter dem Gesichtspunkt der Preußen-

wahlen zu führen sein. Unser neuestes Kampfziel heißt Preußen! Das Beispiel von Mecklenburg-Strelitz zeigt, daß unser Ziel, die Beseitigung der marxistischen Herrschaft, zu erreichen ist, wenn alle Kräfte angespannt werden. Die Anforderungen, die von der Organisation der DNVP und von den Führern wie von den Mitgliedern in den letzten Wochen gefordert wurden, sind ungeheuer. Trotzdem muß ich den restlosen Einsatz der Kräfte bis zum Wahltag in Preußen fordern. Der Entscheidungsskampf in Preußen beginnt mit dem heutigen Tage. Dr. Hugenberg."

In einem Artikel zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl schreibt Dr. Hugenberg: In der zweiten Wahl entscheidet die einfache Mehrheit. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgang gewählt wird. Unter diesen Umständen führt eine Betrachtung, die sich über die Kampfesverbissenheit der Parteien erhebt, zu dem Gedanken, daß unser öffentliches Leben von den vielen Unklarheiten, die uns lähmen, befreit würde, wenn man folgendermaßen vorgeht:

Außer den schon vorgesehene Wahlen zum Reichstag, Bayerischen, Württembergischen Landtag soll am 8. Mai die Neuwahl des aufzulösenden Reichstages stattfinden. Unter dieser Voraussetzung könnte durch verfassungsgewandertes Reichsgeleit anerkannt werden, daß die Abstimmung vom 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist. Die gesamte nationale Opposition könnte einem solchen Vorschlag zustimmen, denn eine zweite Wahl würde die Bedeutung einer Gesandtenprobe haben, die auf dem oben vorgeschlagenen Wege einfacher, billiger und durchgreifender erreicht werden würde.

### Bevorstehende Anwendung des Overtarifs

Berlin, 14. März. Durch Verordnung der Reichsregierung wurde vor einigen Tagen der bisherige deutsche Zolltarif durch einen Overtarif ergänzt, um die Waren aus solchen Ländern, die keine Handelsverträge mit Deutschland haben und Deutschlands Export erschweren, bei der Einfuhr nach Deutschland ebenfalls höheren Zöllen zu unterwerfen. Solche Länder sind die Schweiz, Australien, Kanada und Polen. Die Anwendung des Overtarifs auf die Schweiz kommt, da beiderseits autonom gewährte Meistbegünstigung besteht, nicht in Betracht. Von der Anwendung des Overtarifs auf Australien wird zunächst abgesehen.

Dagegen wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen eine Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht werden, wodurch der Overtarif gegenüber Kanada und Polen mit Wirkung vom 1. April ab in Kraft gesetzt werden wird.

Die Anwendung des Overtarifs gegenüber Kanada wird sich auf wenige Zollpositionen beschränken und kann wieder suspendiert werden, wenn es zu Handelsvertragsverhandlungen mit Kanada kommt.

Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen ist seit Jahren durch Einfuhrverbote und Kampfschiffe beiderseits erheblich eingeschränkt. Polen hat die deutsche Ausfuhr nach Polen fast völlig abgedrosselt. Da man deutscherseits nur widerstrebend Polen auf dem Wege weiterer Verschärfungen folgen wollte, haben sich die beiden Regierungen verständigt, durch Verhandlungen eine Einschränkung der beiderseitigen Abperungsmassnahmen zu versuchen. Da diese Verhandlungen seit einer Woche in Warschau im Gange sind, wird der Overtarif Polen gegenüber zunächst nur mit denjenigen Positionen in Kraft gesetzt, die schon bisher durch Einfuhrverbote oder Kampfschiffe abgedeckt gewesen sind. Die weitere Anwendung des Overtarifs hängt von dem weiteren Ergebnis der schwedischen Verhandlungen ab.

## Hitler kandidiert auch im zweiten Wahlgang

München, 14. März. Adolf Hitler hat amerikanischen Journalisten auf Anfrage erklärt, daß er auch im zweiten Wahlgang kandidieren wird.

In einer Rundrede Hitlers an die Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei heißt es u. a.: "Die erste Wahlschicht ist geschlossen. Wegen das vereinte Auftreten aller anderen Parteien trotz schwerer behördlicher Unterdrückungen und Behinderungen unserer Propaganda hat die NSDAP ihre Wählerkraft in knapp einhalb Jahren fast verdoppelt. Wir sind heute zur unbestritten weitesten stärksten Partei Deutschlands emporgestiegen. Mit einer Fülle von Tugenden, Verleumdungen und Verleumdungen sondergleichen haben unsere Gegner gekämpft. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von 21,4 auf 18,8 Millionen gesunken. Wir sind dagegen von 6,4 auf 11,3 Millionen gestiegen. Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten. Was uns in diesem Wahlkampf noch nicht restlos gelungen ist, muß im kommenden vollendet werden. Wir haben aus eigener Kraft aus dem deutschen Volk über 5 Millionen Stimmen erneut an uns gezogen. Der Angriff gegen die Zentrum- und Marxistenfront muß nun sofort in der schärfsten Form aufgenommen werden. Ich weiß, daß wir in dem Kampf schwere Opfer gebracht haben."

Trotzdem fordere ich euch auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Kein Tag darf verloren gehen.

Ich habe schon in meinen Reden angekündigt, daß ganz gleich wie die Wahl ausgeht, der 14. März uns wieder an der Arbeit leben wird, und ganz gleich wie groß und intensiv die Arbeit der letzten Wochen war, sie wird und muß noch gesteigert werden. Ich weiß, daß meine Redner sehr ermüdet sind. Ich weiß, daß meine SA- und SS-Männer zahlreiche schlaflose Nächte hinter sich haben. Ich weiß, daß die politischen Leiter ebenso wie die Führer der SA, in den letzten Wochen Übermenschliches geleistet haben. Allein es darf jetzt keine Rücksicht geben. So, wie ich selbst die Arbeit augenblicklich wieder aufnehmen, erwarte ich von Ihnen allen, daß Sie ohne Zögern Ihre Anforderungen erhöhen und, wenn nötig, verdoppeln.

Entsprechend der vor uns liegenden Aufgaben wird unsere Propaganda einer neuen Überprüfung unterzogen.

Die Anordnungen für die Weiterführung und Verteilung des Kampfes gehen bereits heute abend an die Organisationen hinaus. Durch unsere Energie und Fähigkeit sind wir von heute abend an auf 11,3 Millionen angewachsen. Die übrigen nationalen Kräfte einzurechnen, umwachsen wir damit rund 18,8 Millionen. Es muß und möglich sein, die fehlenden 2,5 Millionen aus der gegnerischen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wo sie hingehören. Unser Ziel ist klar. Die Notwendigkeit des Kampfes wird

uns die schon gebrachten Opfer nur noch erhärten. Wir sind es allen denen, die uns ihr Vertrauen schenken, schuldig, unser Höchstes und Allerbestes herzugeben, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften. - Der erste Wahlkampf ist beendet. Der zweite hat mit dem heutigen Tag begonnen. Ich werde auch ihn mit meiner Person führen."

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP schreibt zur Reichspräsidentenwahl u. a.: Die Wahl habe in ihrem ersten Teil Hindenburg die von den Trägern dieser Kandidatur erwartete Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht gebracht. Den letzten Nachhabern sei es noch einmal gelungen, die Stunde der Abrechnung auf kurze Zeit hinauszuschieben. Die nationalsozialistische Bewegung werde den Kampf nunmehr mit verdoppelter Kraft fortsetzen.

In seinen Betrachtungen erklärt der "Völkische Beobachter" unter anderem, bei objektiver Würdigung der Stimmziffern könnten die Regierungsparteien sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf ihren gestrigen Erfolg das Pyrrhus-Wort anzuwenden sei: "Koch ein solcher Sieg, und wir sind verloren!" Im besonderen beschließt sich der "Völkische Beobachter" mit dem Wahlergebnis in Bayern und schreibt, der Reichstag der Bayerischen Volkspartei bei der letzten Reichstagswahl sei von der NSDAP um 9200, der Reichstag bei der Landtagswahl von 1128 um 227000 Stimmen überholt worden, die NSDAP sei also heute die stärkste Partei in Bayern.

### Bereitschaftserklärung Hindenburgs

Berlin, 14. März. Reichspräsident v. Hindenburg hat auf eine Anfrage der Vereinigten Hindenburgauschüsse heute vormittag erklärt, daß er sich selbstverständlich auch für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stellen wird. - Der Reichspräsident hat bis gestern abend 11 Uhr laufend die Berichte der einzelnen Ergebnisse der Wahl angehört und sich dann zur Ruhe begeben. Heute früh 8.30 Uhr wurde dem Reichspräsidenten das endgültige Ergebnis mitgeteilt, über das er sich sehr bestrebt äußerte.

Der Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

### Wahlbeteiligung etwa 87 v. H.

Berlin 14. März. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 37 600 304. Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 87 v. H. Hierunter erhielt Dugherberg 8,8 v. H., Hindenburg 49,8 v. H., Hitler 30 v. H., Thälmann 10,3 v. H., Winter 0,8 v. H.

### Fertige Pläne für ein Vorzugszollsystem der Donaufürsten

London, 14. März. Die Pläne für ein Vorzugszollsystem zwischen Österreich, Ungarn, Rumänien, Serbien und der Tschechoslowakei sind, wie hier berichtet wird, fast fertig, so daß sie innerhalb von 24 Stunden in Kraft gesetzt werden könnten. Die Vereinbarungen sind unter Hinzuziehung von Bankiers, Wirtschaftswissenschaftlern und Statistikern auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zwischen den Hauptstädten dieser fünf Länder erzielt worden.

Die Londoner Gelehrten der in Frage kommenden mitteleuropäischen Staaten sind angewiesen worden, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Großmächte baldigst ihr Einverständnis zu dem Vorzugszollsystem aussprechen. In diesem Sinne hat auch der österreichische Botschafter Baron v. Frankenstein Anweisungen aus Wien erhalten, und man erwartet, daß er noch im Laufe des Montag bei den zuständigen Londoner Stellen Verhandlungen einleiten wird.

### Stockholmer Börse geschlossen - Kreuger-Memorandum bewilligt

Stockholm, 14. März. Wie erwartet, hat der Börsenvorstand in der Nacht zum Montag beschlossen, die Stockholmer Fondsbörse bis auf weiteres geschlossen zu halten. Diese Maßnahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß man große Auslandsverkäufe von Kreugerpapieren erwartet, die auf der Stockholmer Börse Schwierigkeiten bereiten könnten.

Der schwedische Reichstag hat in später Nachmittags die beantragte Spezialmoratorium für den Kreuger-Konzern, die Tochtergesellschaft und einige leitende Persönlichkeiten bewilligt, die formell gewisse Verpflichtungen des Konzerns übernommen haben. Anschließend fand im königlichen Schloß unter Vorsitz des Kronprinzenregenten (König Gustav ist im Ausland) ein Kronrat statt, in dem das notwendige Gesetz für das Moratorium in Kraft gesetzt wurde. Es gilt bis Ende März. Irdenwelche weiteren Stützungsmaßnahmen wurden nicht beschlossen.

Berlin, 14. März. In der Wilhelmstraße tritt man energisch einer perfiden Meldung des "Matin" entgegen, die die deutsche Regierung indirekt der Schuld an dem Tode des schwedischen Finanzmannes Kreuger und an den Schwierigkeiten des Kreuger-Konzerns weilt. Es wird daran erinnert, daß der Kreuger-Konzern dem Deutschen Reich im Jahre 1929 die sogenannte Händholzanleihe in Höhe von 500 Mill. RM. gewährt hat, die 60 Jahre läuft und deren Rückzahlung vor 1934 überhaupt nicht behandelt werden dürfen. Die Finanzierung dieses Kredits hat ein amerikanisches Bankhaus übernommen. Die deutsche Regierung hat in der gesamten Kreditangelegenheit nur mit dieser amerikanischen Bank zu tun, und es muß als eine unerhörte Frechheit der Öffentlichkeit bezeichnet werden, wenn jetzt behauptet wird, Deutschland, als "Händholger Schneider" habe die Schwierigkeiten des Kreuger-Konzerns verschuldet.